



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **1 9 - V - 5 0 - 0 0 0 3**

(Jahr - V - Amt - Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) VI

Unterbringungsgebührensatzung - Auswirkungen

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss der STVV Nr. 0105 vom 15.03.2018

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent/in

Manjura

Stadtrat

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz

Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: _____
 in %: _____

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
Summe einmalige Kosten:									

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Die STVV hat am 15. März 2018 die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Unterbringung von Geflüchteten und anderen ausländischen Personen in der Landeshauptstadt Wiesbaden (Unterbringungsgebührensatzung) beschlossen; über deren finanzielle Auswirkungen legt Dez. VI/50 nunmehr einen Bericht vor.

Anlagen:

1. Beschluss Nr. 0105 vom 15. März 2018 der STVV
2. Beschluss Nr. 0051 vom 20. März 2019 des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen:
 - 1.1 Auf der Grundlage der Unterbringungsgebührensatzung wurden im Haushaltsjahr 2018 insgesamt 5.696.860,93 Euro Gebühren eingekommen.
 - 1.2 5.517.470,45 Euro wurden durch Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften, die den Rechtskreisen SGB II oder SGB XII zuzuordnen sind, eingekommen. Bei Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II erfolgt eine mittelbare Erstattung der Unterbringungsgebühren durch den Bund, da dieser sich an den von den Kommunen zu tragenden Kosten der Unterkunft beteiligt.
 - 1.3 179.390,48 Euro wurden durch Erwerbseinkommen Geflüchteter, die über eine Aufenthaltsgestattung verfügen (und nur noch dem Grunde nach Ansprüche auf Leistungen gemäß dem Asylbewerberleistungsgesetz haben) eingekommen.
 - 1.4 Für die Erhebung der Gebühr bei Dez. VI/50 steht keine Fachsoftware zur Verfügung, daher können die weitergehenden Fragen aus dem Beschluss des Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie - Nr. 0051 vom 29. März 2019 nur für Leistungsberechtigte nach SGB II bzw. SGB XII (über entsprechende Datenbankauswertungen) beantwortet werden:
Es wurden 736 Personen im SGB II bzw. 33 Personen im SGB XII herangezogen. Diese verteilen sich auf 536 Bedarfsgemeinschaften („Familien“) im SGB II und 24 im SGB XII.
Alleinstehende („Einzelpersonen“) waren im SGB II 227 und im SGB XII 24 betroffen. Im SGB II waren 294 und im SGB XII 10 Kinder betroffen.
Es wurden 13 Widersprüche eingelegt, von denen 2 unzulässig waren (Eingang nach Fristablauf) und 11 beim Widerspruchsausschuss vorgelegt werden, da aus Sicht des Fachamtes dem Widerspruch nicht abgeholfen werden kann.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 07. Mai 2019

5001 Weber (2049/we)

51.4 dezentrale
Steuerungsunterstützung
(4261/bu)

Manjura
Stadtrat